

Antrag für die Mitgliederversammlung des BUND Berlin November 2023

In einer Zeit, deren aktuelle Probleme von Kriegen, Zerstörungen und Migration bestimmt werden betonen wir als BUND, dass diese akuten Krisen auch enge zusammenhängen mit den langfristig für die Menschheit fatal wirkenden Krisen der Klimakatastrophe und des Artensterbens: dies darf in der Tagespolitik, in der täglichen Politik des Berliner Senats nicht vergessen werden.

Die Mitgliederversammlung des BUND Berlin bittet deswegen den Landesvorstand, diese langfristigen Probleme als Leitlinie für die Stadtentwicklung gegenüber Senat, Abgeordnetenhaus und Bezirken immer wieder zu betonen und eine Kampagne für den Erhalt grüner Freiflächen zu initiieren und umzusetzen.

Die Notwendigkeit ergibt sich daraus, dass der Senat von Berlin, weit davon entfernt ist eine Stadtentwicklungspolitik zu machen, die gerecht wird

- den Anforderungen des Klimaschutzes
- den Anforderungen der Klimaanpassung,
- den Belangen des Natur- und Artenschutzes und
- den Bedürfnissen der Bevölkerung nach grünen Erholungsflächen.

Die ständige Bebauung von Freiflächen wird immer wieder mit der Notwendigkeit des Wohnungsbaus begründet. Dabei verlangt der STEP Wohnen von 2019, dass „Stadtentwicklung ökologisch und klimagerecht gestaltet“ werden soll. Nach wie vor werden jedoch grüne Freiflächen zerstört, versiegelt und bebaut. Immer wieder und jetzt verstärkt durch den Senat wird auch das Tempelhofer Feld die Elisabethaue oder Späthsfelde als Flächen für den Bau neuer Stadtquartiere in die Diskussion geworfen. Dabei sind schon längst nicht alle bereits versiegelten Flächenpotenziale genutzt, werden Gebäude einstöckig und somit flächenfressend erstellt und anachronistische Straßenprojekte wie die TVO oder der Weiterbau der A 100 verfolgt – so schwinden Berlins grüne Flächen immer mehr.

Das, was die vom Senat und Rat der Bürgermeister beschlossene Charta für das Berliner Stadtgrün fordert, muss endlich umgesetzt werden:

Berlin braucht eine definierte und planungsrechtlich abgesicherte blau-grüne Infrastruktur und einen Stopp des weiteren Flächenverbrauchs!

Die blau-grüne Infrastruktur ist das Grundgerüst aus grünen Freiflächen, Wäldern, Flüssen und Seen, die eine gesunde Stadtentwicklung erst ermöglicht. Mehr als die Hälfte der Berliner Landesfläche sind bereits als Siedlungs- oder Verkehrsfläche ausgewiesen. Da bleibt nicht mehr viel übrig für die lebensnotwendige Versorgung mit Grünflächen, die ein erträgliches Stadtklima bewirken und Heimat für Tiere, Pflanzen und Menschen sind.

Bodenversiegelung ausgleichen!

Die fortschreitende Versiegelung Berlins muss innerhalb der bestehenden Siedlungs- und Verkehrsflächen ausgeglichen sein. Über ein Drittel der Stadtfläche (!) sind bereits voll versiegelt. Und Jahr für Jahr verschwinden in Berlin unterm Strich ca. 100 Hektar zusätzlich unter Asphalt und Beton. Statt eines immer größeren Verbrauchs von Boden und Natur für Gebäude und Verkehr muss im Bestand umverteilt werden.

Es braucht weniger Platz für fahrende und parkende Autos und mehr für Bahnen und Busse, Fahrräder und Fußwege sowie für Straßenbäume und Blühstreifen.

Die Natur braucht ein Budget!

Naturschutz darf nicht nur aus Ablasszahlungen für Naturzerstörung finanziert werden. Die verantwortlichen Stellen müssen personell und finanziell so ausgestattet werden, dass sie ihre Aufgaben zukunftsorientiert auch an den Zielen des Arten- und Naturschutzes erledigen können. Grünpflege soll nicht mehr lästige Pflicht, sondern eine verantwortungsvolle Aufgabe sein.

Die Mitgliederversammlung des BUND Berlin wünscht sich deswegen eine Kampagne, die

- die diese Ziele adressiert,
- konkrete Ziele und Forderungen formuliert,
- die ehrenamtliche Mitarbeit fördert,
- möglichst große Teile der Stadtgesellschaft einbezieht und
- einen Volksentscheid darüber zum Ziel hat.